



Deutscher Gewerkschaftsbund

26.02.2020

DGB-Aufruf gegen das "DEFENDER 2020"-Manöver der NATO in Europa

Nein zum NATO-Manöver - ja zu Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung

Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand hat einen Aufruf gegen das "DEFENDER 2020"-Manöver der NATO in Europa beschlossen. Die NATO plant im April und Mai 2020 eines der größten Manöver von Landstreitkräften in Europa seit Ende des Kalten Krieges. "Statt dieser Konfrontation sind aus Sicht der Gewerkschaften Entspannungspolitik und kooperative Beziehungen mit Russland das Gebot der Stunde", heißt es in dem Aufruf.



Colourbox.de

Der Aufruf im Wortlaut:

Nein zum NATO-Manöver - ja zu Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung

Unter der Bezeichnung „DEFENDER 2020“ plant die NATO im April und Mai 2020 eines der größten Manöver von Landstreitkräften in Europa seit Ende des Kalten Krieges. Mit dem Manöver soll einerseits erprobt werden, kampfstärke Großverbände aus den USA im Bedarfsfall in kürzester Zeit an die russische Grenze zu verlegen. Andererseits soll die militärische Überlegenheit der NATO demonstriert werden.

Statt dieser Konfrontation sind aus Sicht der Gewerkschaften Entspannungspolitik und kooperative Beziehungen mit Russland das Gebot der Stunde. In der Charta von Paris wurde 1990 das Ende des Zeitalters der Konfrontation und der Teilung Europas ausgerufen. Spätestens seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine wissen wir zwar, wie weit wir heute von diesem Anspruch entfernt sind. Unverändert gültig bleiben muss aber das Ziel, auf das sich alle europäischen Staaten einschließlich Russland, den USA und Kanada in der Charta gemeinsam verpflichtet haben: „Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig

auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.“ Dieses Bekenntnis muss wieder ins Zentrum der internationalen Beziehungen rücken – sowohl seitens der NATO als auch seitens Russlands.

Wir Gewerkschaften treten für die Interessen der Beschäftigten ein. Unsere Lektion aus den Schrecken der beiden Weltkriege lautet: „Nie wieder!“ Deshalb engagiert sich der DGB auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene für die Sicherung des Friedens und die Verhütung bewaffneter Konflikte und kriegerischer Auseinandersetzungen.

Durch Klimawandel, Digitalisierung und Globalisierung vollziehen sich in Arbeitswelt und Gesellschaft tiefgreifende Umbrüche. In Deutschland, Europa und der Welt werden erhebliche Mittel für Investitionen und für Maßnahmen der sozialen Absicherung benötigt, um diese aktuellen Herausforderungen im Sinne der Beschäftigten zu gestalten. Gleichzeitig wird in den NATO-Staaten zielgerichtet auf die Erhöhung des Rüstungshaushaltes auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes hingearbeitet. Diese Ressourcen würden für die dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen fehlen. Deshalb lehnt der DGB das Zwei-Prozent-Ziel der NATO entschieden ab. Abrüsten statt Aufrüsten! Dafür treten wir ein!

Im Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990, der Grundlage der deutschen Einheit, wurde vereinbart: „Von deutschem Boden soll nur Frieden ausgehen.“ Dies ist auch ein Kerngedanke des Grundgesetzes – dies muss die Grundlage deutscher und europäischer Politik sein.

Deshalb fordern wir:

- Schluss mit dem Konfrontationskurs! Dafür muss sich Deutschland stark machen, auch innerhalb der NATO!
- Konfliktprävention, Entspannungspolitik und politische Konfliktlösungen statt militärischer Konfrontation!
- Abrüsten statt aufrüsten! Zukunftsinvestitionen statt Wettrüsten!

Infos zum NATO-Manöver „DEFENDER 2020“:

An dem Manöver von April bis Mai sind insgesamt 37.000 Soldatinnen und Soldaten aus 18 NATO-Partnerländern beteiligt. Eine neue Dimension militärischer Aktivitäten wird dadurch erreicht, dass bis zu 20.000 US-Armeeangehörige und Tonnen von schwerem Gerät über den Atlantik und anschließend quer durch Europa an die russische Grenze transportiert werden sollen. Deutschland wird u.a. mit seinen Umschlaghäfen Hamburg, Bremerhaven und Nordenham sowie dem neuen NATO-Kommando für Truppen- und Materialtransporte (JSEC) in Ulm zur Drehscheibe der Transporte. Neben der Bundeswehr sind allein schon durch den Transport auf Straße und Schiene sowohl die Bundespolizei als auch die betroffenen Länderpolizeien erheblich betroffen – ganz abgesehen von möglichen Einsätzen bei Demonstrationen gegen das Manöver.

Der Aufruf zum Download

↓ DGB-DEFENDER2020.pdf (PDF, 133 kB)

Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand hat einen Aufruf gegen das "DEFENDER 2020"-Manöver der NATO in Europa beschlossen. Unter dem Titel "Nein zum NATO-Manöver - ja zu Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung" heißt es unter anderem: "Statt dieser Konfrontation sind aus Sicht der Gewerkschaften Entspannungspolitik und kooperative Beziehungen mit Russland das Gebot der Stunde."